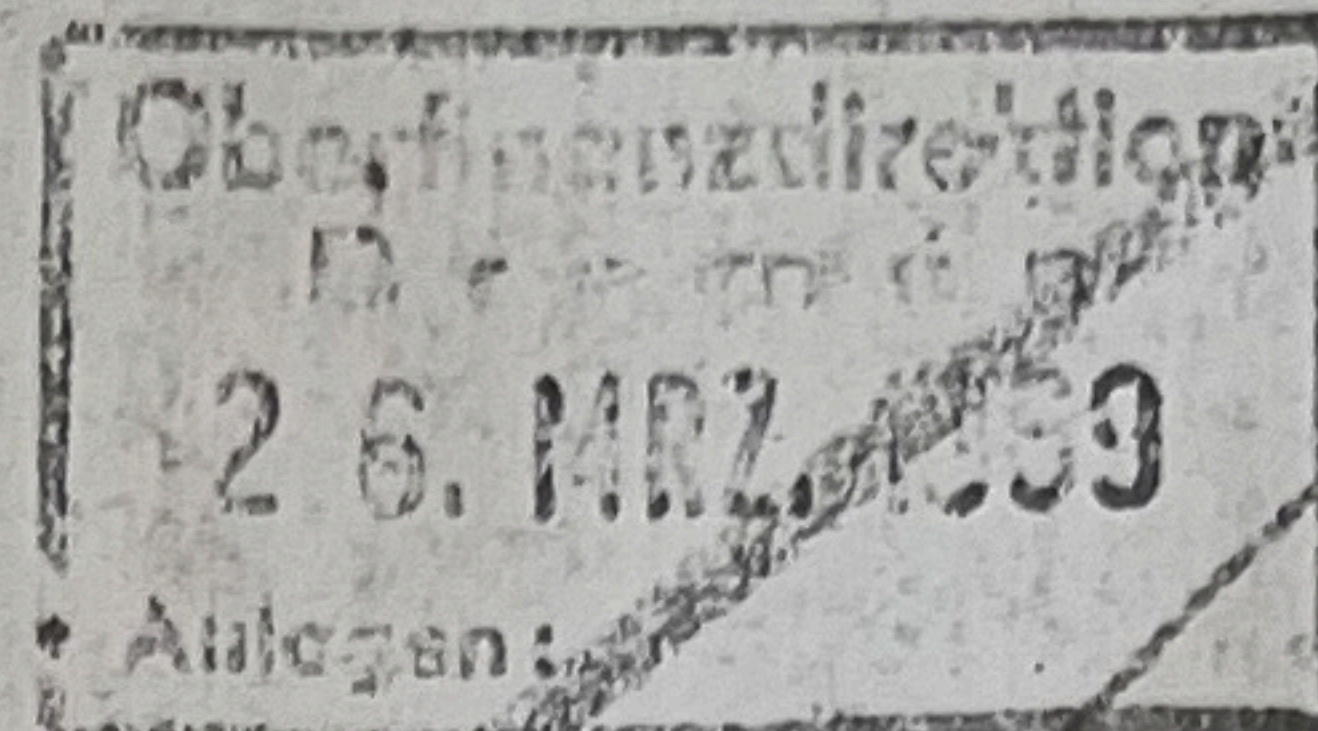


Mit Empf.-Bekennnis ✓



BV 4/1

g. 28/3. b. R. el.

## BESCHLUSS

In der Rückerstattungssache

der Frau Gretel P i c k , geb. Marx,  
geboren am 14. 11. 1913,  
wohnhaft 2333 Davidson Ave., New York 68 N.Y./USA.,

Antragstellerin und Beschwerdeführerin,

Prozeßbevollmächtigte: United Restitution  
Organization (URO),  
Hannover, Klagesmarkt 10/11,

gegen

das Deutsche Reich,

Antragsgegner und Beschwerdegegner,

dieses gemäß § 9 Bundesrückerstattungsgesetz (BRüG)  
vertreten durch den Bundesminister der Finanzen,  
Bonn; dieser in Bremen vertreten durch die Ober-  
finanzdirektion Bremen, Bundesvermögens- und Bau-  
abteilung,

Prozeßbevollmächtigter: Regierungsrat Wank in Bremen,

hat der Senat für Rückerstattungssachen des  
Hanseatischen Oberlandesgerichts in Bremen unter  
Mitwirkung von

Oberlandesgerichtspräsident Prof. Dr. Arndt,  
Oberlandesgerichtsrat Drodten,  
Oberlandesgerichtsrat Kohlmann

am 12. Februar 1969 beschlossen:

Die sofortige Beschwerde des Antragsgegners gegen  
den Teilbeschuß der Wiedergutmachungskammer des  
Landgerichts Bremen vom 10. November 1967 wird  
zurückgewiesen.

Die Kosten des Beschwerdeverfahrens trägt der  
Antragsgegner.



G r ü n d e :

I.

Die Antragstellerin ist, da sie Jüdin war, aus Verfolgungsgründen nach England ausgewandert und hat durch ihre Mutter im April 1939 insgesamt 5 Kisten Auswanderungsgut von Stuttgart über Bremen zum Versand bringen lassen. 2 Kisten hat die Antragstellerin an sich weiterleiten lassen und auch erhalten. Für die restlichen Kisten hat sie das Lagergeld für 2 Jahre bezahlt. Diese sind von der Fa. Schenker & Co. am 18. Juni 1939 im Bremer Freihafen in Schuppen 2 unter Zeichen MM 1/3 eingelagert worden. Laut Karteikarte der Bremer Lagerhausgesellschaft ist eine Kiste am 14. Juli 1939 ausgeliefert worden, während 2 Kisten am 2. Januar 1941 durch Fliegerangriff vernichtet worden sind.

Die Antragstellerin hat wegen dieser Kisten am 20. 5. 1957 beim Landesamt für Wiedergutmachung Tübingen Entschädigung wegen Schadens am Eigentum gemäß § 51 BEG geltend gemacht.

Durch Bescheid vom 20. 12. 1958 des Landesamts für Wiedergutmachung Tübingen ist der Antrag zurückgewiesen. In den Gründen wurde ausgeführt, daß damit die Weiterverfolgung des Anspruchs nach dem BRüG nicht ausgeschlossen sein solle.

Gegen diesen Bescheid hat der Öffentliche Anwalt für Wiedergutmachung beim Amtsgericht Karlsruhe am 9. 6. 1959 Klage erhoben, gleichzeitig aber das Ruhen des Verfahrens beantragt.

Mit Schreiben vom 16. 9. 1959 hat er dann die Verweisung des Antrags wegen Verlust von 3 Kisten mit Umzugsgut gemäß § 30 BRüG über das Verwaltungsamt München an die zuständige Wiedergutmachungsbehörde beantragt. Gemäß § 30 Abs. 1 BRüG ist die Sache dann antragsgemäß über das zuständige Zentralmeldeamt an die zuständige Wiedergutmachungsbehörde in Bremen verwiesen worden (Rü-Akten 5632 Bl. 1-2).

Die Antragstellerin macht jetzt rückerstattungsrechtlichen Schadensersatzanspruch wegen des Inhalts der 3 Kisten geltend. Alle 3 Kisten seien vor der Ausbombung vom Antrags-



gegner beschlagnahmt gewesen. Das Umzugsgut jüdischer Auswanderer sei nicht erst mit Erlaß der 11. VO zum Reichsbürgergesetz vom 15. 11. 1941 der allgemeinen Beschlagnahme anheim gefallen, sondern bereits seit August 1941, wie das Oberste Rückerstattungsgericht in Berlin entschieden habe. Der Inhalt der Kisten habe einen Wert von 7000,-- DM gehabt. Ein Teil sei zum Zwecke der Auswanderung neu angeschafft worden.

Der Antragsgegner hat die Neuanschaffung bestritten. Es könne auch nicht von einer eigentümerähnlichen Stellung des Deutschen Reichs im Augenblick der Ausbombung ausgegangen werden, da weder eine Einzelbeschlagnahme bezüglich des in Rede stehenden Gutes vorgenommen worden sei, noch in Bremen vor dem Erlaß der 11. VO zum Reichsbürgergesetz eine allgemeine Beschlagnahme vorgelegen habe.

Da eine gütliche Einigung zwischen den Parteien nicht zu erzielen war, hat das Landesamt für Wiedergutmachung in Bremen die Sache gemäß Art. 63 Ziffer 1 des Gesetzes Nr. 59 der amerikanischen Militärregierung durch Beschluß vom 29. 1. 1964 an das Landgericht Bremen verwiesen.

Unter Wiederholung dieses Vorbringens hat die Antragstellerin beantragt,

den Antragsgegner zu verurteilen,  
Schadensersatz zu leisten für die in  
der eidesstattlichen Versicherung vom  
19. Februar 1963 aufgeführten Gegen-  
stände.

Der Antragsgegner hat beantragt,

den Anspruch abzuweisen.

Er hat erklärt, daß die vom Obersten Rückerstattungsgericht in Berlin für Hamburg aufgestellten Grundsätze für Bremen unanwendbar wären, da in Bremen vor Erlaß der 11. VO zum Reichsbürgergesetz Beschlagnahmen immer nur durch Einzelverfügungen erfolgt seien, wie sich aus den bei Bremer



Spediteuren noch vorhandenen Unterlagen ergebe und eine solche Einzelverfügung sich nicht feststellen lasse. Im übrigen könne vor dem Erlass des Reichssicherheitshauptamtes vom 16. 1. 1941 auch nur von einer listenmäßigen Erfassung aufgrund des Erlasses des Reichssicherheitshauptamtes vom 1. August 1940 die Rede sein.

Durch Beschluß der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Bremen vom 10. 11. 1967 ist der Antrag der Antragstellerin als unbegründet zurückgewiesen worden. Auf die sofortige Beschwerde der Antragstellerin vom 25. Juni 1964 hat das Hanseatische Oberlandesgericht in Bremen den angefochtenen Beschluß durch Beschluß vom 22. April 1965 zum Zwecke der weiteren Aufklärung der Sache aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht Bremen zurückverwiesen.

Die Antragstellerin hat vor dem Landgericht Bremen erneut erklärt, daß auch in Bremen bereits vor Erlass der 11. VO zum Reichsbürgergesetz und vor der Ausbombung des streitigen Gutes sich das Deutsche Reich allgemein die Verfügungsgewalt über Auswanderergut jüdischer Emigranten zumindest dadurch angemaßt habe, daß eine allgemeine Anmeldepflicht für die Spediteure bestanden und dann die Gestapo über das weitere Schicksal des Gutes bestimmt habe.

Die Antragstellerin hat begehrt,

den Antragsgegner zu verurteilen,  
Schadensersatz zu leisten für die  
in ihrer eidesstattlichen Versicherung  
vom 19. 2. 1963 aufgeführten Gegen-  
stände, und zwar unter Berücksichtigung  
des Gutachtens des Sachverständigen  
Pötzel vom 11. Juli 1967

Der Antragsgegner hat beantragt,

den Anspruch abzuweisen.



Er ist dabei verblieben, daß von einer allgemeinen Beschlagnahme bezüglich des Auswandererguts jüdischer Emigranten erst mit Erlaß der 11. VO zum Reichsbürgergesetz gesprochen werden könne. Zu einem früheren Zeitpunkt habe sich in Bremen keine Dienststelle des Deutschen Reichs eine eigentümerähnliche Stellung, Verfügungsmacht o.ä. im Sinne von § 2a BRüG generell angemaßt.

Dem Landgericht hat die Behördenakte Rü 5632 und das Material vorgelegen, daß der Antragsgegner aufgrund einer Anfrage bei verschiedenen Bremer Spediteuren über die Behandlung von Umzugsgut jüdischer Emigranten vor der 11. VO zum Reichsbürgergesetz gesammelt hat. Ferner hat das Landgericht die Akten der Fa. F.W. Neukirch beigezogen, die der Zeuge Voertmann, Vorstandsmitglied dieser Firma, nach dem Kriege aus den noch vorhanden gewesenen Akten zusammengestellt hat und in der er das Schicksal einzelner Umzugsgüter jüdischer Emigranten festgehalten hat. Das Landgericht hat ferner beigezogen die Auskünfte vom Institut für Zeitgeschichte vom 11. November 1965, vom Bundesarchiv in Koblenz vom 3. März 1966 (nebst Anlagen), vom Hauptzollamt Bremerhaven vom 9. März 1966, vom Archiv für Wiedergutmachungssachen bei dem Landgericht Berlin vom 23. März 1966 nebst dem Beschluß des Obersten Rückerstattungsgerichts für Berlin vom 23. 10. 1961 - Az.: ORG/A 1493 -. Das Landgericht hat weiter Beweis erhoben durch Vernehmung der Zeugen Voertmann, Hölzer, Anthony, Meyer, Hübner, Müller und Falk und hat insoweit auf die Vernehmungsniederschriften des Amtsgerichts Witten vom 2. 3. 1966 und 22. 2. 1967 und des Landgerichts Bremen vom 13. 5. 1966 und 14. 10. 1966, ferner auf die von Zeugen Falk übergebenen Unterlagen, die ebenfalls Gegenstand der mündlichen Verhandlung waren, verwiesen. Das Landgericht hat schließlich Beweis erhoben über den Wiederbeschaffungswert des Umzugsguts und insoweit auf das Gutachten des Sachverständigen Pötzl vom 11. 7. 1967 Bezug genommen.

Durch Teilbeschluß des Landgerichts Bremen vom 10. 11. 1967



ist der Antragsgegner verurteilt worden, an die Antragstellerin für den Entzug von 2 Kisten Umzugsgut rückerstattungsrechtlichen Schadensersatz in Höhe von 2600,-- DM zu zahlen. Wegen des weitergehenden Anspruchs ist die Entscheidung dem Schlußbeschluß vorbehalten worden.

In den Gründen des Beschlusses, auf die im einzelnen Bezug genommen wird, hat das Landgericht u.a. ausgeführt:

Der Antrag der Antragstellerin sei entscheidungsreif, soweit er die beiden am 2. Januar 1941 durch Fliegerangriff vernichteten Kisten betreffe. Insoweit sei daher gemäß Art. 67 MRG Nr. 59 der Erlaß eines Teilbeschlusses angebracht, während im übrigen die Sache wegen der dritten laut Kartei der Lagerhausgesellschaft am 14. 7. 1939 ausgelieferten Kiste noch weiterer Aufklärung bedürfe.

Hinsichtlich der beiden vernichteten Kisten sei der Antrag begründet. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme sei davon auszugehen, daß das Deutsche Reich sich im Augenblick der Vernichtung entgegen rechtsstaatlichen Grundsätzen die Verfügungsmacht im Sinne von § 2 a BRüG angemaßt habe.

Zwar hätten die Auskünfte des Instituts für Zeitgeschichte, des Bundesarchivs in Koblenz, des Hauptzollamts in Bremerhaven und des Archivs für Wiedergutmachungssachen bei dem Landgericht in Berlin keine neuen objektiven Unterlagen erbracht, aufgrund derer auf eine generelle Maßnahme des Deutschen Reichs im Sinne von § 2 a BRüG auch in Bremen bereits vor Erlaß der 11. VO zum Reichsbürgergesetz geschlossen werden könnte. Eine dahin gehende Überzeugung lasse sich auch aus den vom Antragsgegner zusammengestellten Auskünften der Bremer Speditionsfirmen nicht gewinnen.

Im übrigen habe aber die Beweisaufnahme durch die Vernehmung der Zeugen ergeben, daß sich eine bereits im Zeitpunkt der Ausbombung erfolgte Beschlagnahme der hier interessierenden 2 Kisten Umzugsgut infolge einer damals schon erfolgten generellen Maßnahme im Sinne von § 2 a BRüG nicht ausschließen lasse, vielmehr wahrscheinlich sei. Zwar ließen sich



die Aussagen des Zeugen Voertmann dahin zusammenfassen, daß nach seiner Überzeugung Beschlagnahmen vor Erlaß der 11. VO zum Reichsbürgergesetz nur durch Einzelverfügungen erfolgt seien, und zwar bis Mitte 1941 nur vereinzelt. Wie der Zeuge weiter ausgeführt habe, habe es sich selbst nach Mitte 1941 immer nur um Einzelverfügungen gehandelt, wenn diese dann auch in so starkem Maße erfolgt seien, daß sie einer allgemeinen Beschlagnahme zwar gleichkämen, eine solche aber doch nicht erfolgte. Der Zeuge Voertmann sei nicht nur absolut glaubwürdig, seiner Aussage sei auch deswegen eine gegenüber den anderen Zeugen unverhältnismäßig große Bedeutung beizumessen, weil er sich unmittelbar nach dem Kriege mit dem Schicksal von Umzugsgut jüdischer Emigranten befaßt habe und das Ergebnis seiner Ermittlungen in der Akte der Fa. Neukirch niedergelegt habe. Damit sei seine Erinnerung wesentlich besser, als es heute im allgemeinen bezüglich der Vorgänge aus jener Zeit der Fall zu sein pflege. Dennoch sei selbst bei diesem Zeugen nicht auszuschließen, daß seine Erinnerung einem Irrtum unterliege. In der Tat habe der Zeuge in der von ihm zusammengestellten Akte auf S. 26 bei dem Umzugsgut Salomonson festgehalten, daß dieses aufgrund eines allgemeinen Verfügungsverbots schon 1940 nicht mehr versandt werden konnte, und auf S. 34 bei dem Umzugsgut Friedmann, daß dem Versand dieses Umzugsgutes bereits 1940 ein mündliches Generalverbot der Gestapo entgegengestanden habe. Zwar sei der Zeuge Voertmann auch bei Vorhalt seiner eigenen schriftlichen Notizen bei seiner Aussage verblieben, daß zu jener Zeit keine generelle Beschlagnahme bestanden habe. Auch habe er eine nach seiner festen Überzeugung sicher richtige Erklärung dafür gegeben, daß trotz der genannten Vermerke in jener Zeit noch keine generelle Maßnahme in dem hier interessierenden Sinne existiert habe. Wenn er dazu erklärt habe, daß das "allgemeine Verfügungsverbot" eine Versendung ins feindliche Ausland betraf und ihm bei dem Ausdruck "mündliches Generalverbot der Gestapo" ein Versehen unterlaufen sei, weil es sich dabei ebenfalls um ein



fernmündlich erteiltes spezielles Verbot gehandelt haben könnte, so möge das richtig sein, zumal der Zeuge zu jener Zeit nicht hätte wissen können, daß es auf die Wahl der Worte einmal würde entscheidend ankommen können. Jedoch seien damit nicht alle zugunsten der Klägerin sprechenden Zweifel ausgeräumt. Bei dieser Sachlage gewinnen aber die Aussagen der übrigen Zeugen an Bedeutung. Das gelte insbesondere für die Aussage des Zeugen Falk, weil dieser sich zur Unterstützung seines Gedächtnisses ebenfalls noch aus jener Zeit stammender, durch den Krieg nicht vernichteter und von ihm zur Akte gegebener Urkunden bedienen konnte. Durch diese gewinne seine Aussage, daß er bis zu seiner Einziehung zur Wehrmacht etwa April 1941 keine Gestapomaßnahme, insbesondere also keine aufgrund einer allgemeinen Anordnung, erlebt habe, an Überzeugungskraft. Bei diesen Urkunden handle es sich in der Tat um von der Gestapo im Wege der Einzelverfügung getroffenen Sicherstellung genau bezeichneter Güter jüdischer Emigranten. Diese Urkunden, die aus der Zeit zwischen dem 19. Mai 1941 und dem 16. Oktober 1941 stammten, sprächen stark für den Antragsgegner und seine Behauptungen, daß in der hier interessierenden Zeit in Bremen noch keine allgemeine Anordnung bestanden habe. Das gelte umsomehr, als die Gestapo sich zur Begründung ihrer einzelnen Sicherstellung auf die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 berufe und keiner der Erlasse und Schnellbriefe angeführt werde, die das Oberste Rückerstattungsgericht veranlaßt habe, bereits seit August 1940 eine generelle Erfassung und Verwertung von Umzugsgut jüdischer Auswanderer anzunehmen. Wenn auch in Bremen bereits seit jener Zeit generelle Maßnahmen ergriffen sein würden, würde es nahe liegen anzunehmen, daß in den vom Zeugen Falk übergebenen Urkunden ebenfalls auf die oben erwähnten Erlasse und Schnellbriefe verwiesen worden wäre, wenn nicht überhaupt an jeden Spediteur nur eine einzige Verfügung betreffend sämtlich dort auf Lager gehaltener Güter ergangen wäre. Der Umstand, daß beides



nicht geschehen sei, sei ein weiteres starkes Indiz gegen die Annahme einer bereits damals erfolgten generellen Maßnahme. Dennoch lasse sich diese, von der dann auch das streitige Gut im Zeitpunkt der Ausbombung bereits erfaßt, im Sinne von § 2 a BRüG, gewesen sei, nicht ausschließen. Zwar hätten auch die Zeugen Anthony, Meyer und Frau Hübner ausgesagt, daß Beschlagnahmen nur durch Einzelverfügungen erfolgt seien und ihnen eine generelle Beschlagnahme nicht bekannt geworden sei. Das Gericht habe keinen Zweifel, daß auch diese Zeugen Aussagen nach bestem Wissen wahrheitsgemäß gemacht hätten. Dennoch reichten auch diese Aussagen zusammen mit den oben erörterten und gegen eine generelle Maßnahme sprechenden Indizien zur entsprechenden Überzeugung des Gerichts nicht aus. Aufgrund der Aussagen der Zeugen Hölzer und Rena Müller sehe das Gericht sich vielmehr außerstande, eine generelle Maßnahme des Deutschen Reichs auch in Bremen bereits vor dem 2. Januar 1941, durch die es sich die Verfügungsmacht angemaßt habe, im Sinne von § 2 a BRüG auszuschließen. Der Zeuge Hölzer habe zunächst ganz unbefangen und spontan ausgesagt, daß nicht lange nach Kriegsausbruch schriftlich durch ein Schriftstück der Gestapo oder einer beauftragten Stelle, in dem die jüdischen Güter nicht einzeln bezeichnet gewesen seien, alle jüdischen Umzugsgüter beschlagnahmt worden seien. Wie der Zeuge zunächst gemeint habe, sei das noch im Jahre 1939 gewesen. Wenn der Zeuge auch nach Erörterung der Sache und Hinweis auf den Zeitpunkt des Erlasses der 11. VO zum Reichsbürgergesetz seine Aussage dahin eingeschränkt habe, daß die allgemeine Beschlagnahmeverfügung vielleicht erst 1940 erfolgt sei, so bestehe doch keine Veranlassung, an der Zuverlässigkeit des Erinnerungsvermögens des Zeugen zu zweifeln. Der Zeuge habe seine Aussage sehr sicher gemacht und die kleine Korrektur zeige nur, daß der Zeuge sich redlich bemüht habe, wahrheitsgemäß auszusagen. Diese Aussage des Zeugen Hölzer werde bestätigt durch die Aussage der Zeugin Müller, die ebenfalls schon in ihrer ersten Darstellung, als ihr noch nicht bewußt gewesen sei, daß es auf den Zeitpunkt entscheidend ankomme, diesen mit 1940 als denjenigen ange-



geben habe, zu dem eine schriftliche Anordnung der Gestapo allgemein die Beschlagnahme von Emigrantengut angeordnet hatte. Zur Unterstützung ihres Gedächtnisses habe der Zeugin der Frankreich-Feldzug gedient und sie habe gemeint, die allgemeine Beschlagnahme sei vorher gewesen. Im späteren Verlauf ihrer Vernehmung und nachdem Vorhalte gemacht und Fragen gestellt worden seien, sei die Zeugin zwar hinsichtlich des Zeitpunkts unsicher geworden und sie hätte dann gemeint, daß die allgemeine Beschlagnahme wohl doch erst 1941 gewesen sei. Jedoch hätte die Zeugin mit aller Sicherheit gewußt, daß alle Güter erfaßt worden seien und keine Einzelverfügungen ergangen seien. Wie sie weiter gewußt habe, sei bereits vor der Beschlagnahme für die Oberfinanzdirektion eine solche durch die Gestapo erfolgt. Das aber bedeute, daß eine Beschlagnahme bereits vor dem Erlaß der 11. VO zum Reichsbürgergesetz, also bereits vor November 1941 erfolgt sei, denn die Oberfinanzdirektion sei erstmalig aufgrund letzterer Verordnung tätig gewesen.

Bei Würdigung des gesamten Ermittlungsergebnisses könne daher nicht zur Überzeugung des Gerichts festgestellt werden, daß im entscheidenden Zeitpunkt noch keine allgemeine Beschlagnahme und damit Anmaßung einer Verfügungsmacht erfolgt war. Sehr viel wahrscheinlicher sei es nach Überzeugung des Gerichts vielmehr, daß die streitigen 2 Kisten im Augenblick der Vernichtung durch Kriegseinwirkung bereits in der Verfügungsmacht des Deutschen Reichs gestanden hatten, das sich diese durch eine generelle Anordnung der Gestapo entgegen rechtsstaatlichen Grundsätzen angemaßt habe. Dabei könne es dahinstehen, ob es sich bei der generellen Anordnung um eine Erfassung, Sicherstellung oder schon Beschlagnahme gehandelt habe. Entscheidend sei, daß diese Maßnahme der späteren Verwertung durch Versteigerung gedient habe, die wie alle Zeugen ausgesagt hätten, bald darauf angeordnet worden sei. Das aber zeige, daß mit der generellen Erfassung im weitesten Sinne das Deutsche Reich die Verfügungsmacht den Eigentümern entzogen und auf sich übergeleitet habe.



Damit sei der Antragsgegner rückerstattungspflichtig.

Die Höhe der Schadensersatzpflicht ergäbe sich aus dem Gutachten des Sachverständigen Pötzl. Dieser habe für das gesamte Umzugsgut einen Wiederbeschaffungswert per 1. April 1956 von DM 3868,-- ermittelt. Dabei sei der Sachverständige zutreffend von der Liste ausgegangen, die die Antragstellerin mit Schriftsatz vom 27. Oktober 1962 bei der Behörde eingereicht habe. Unbeachtet hätten einige Sachen bleiben müssen, die zusätzlich in der eidesstattlichen Versicherung der Antragstellerin vom 19. Februar 1963 enthalten seien, da kein Grund ersichtlich sei, weshalb die Antragstellerin in der ersten Liste nicht vollständig das gesamte Gut aufgeführt haben sollte. Da vorliegend nur über den Wert von 2 Kisten entschieden werde, und wie sich aus den Gewichtsangaben auf der Karteikarte der Lagerhausgesellschaft ergebe, die 3 Kisten 317 kg, die nach o.a. Karte ausgelieferte Kiste 100 kg gewogen habe, biete sich an, den Wert des ausgebombten Gutes gemäß § 287 ZPO mit  $\frac{2}{3}$  der Gesamtsumme, d.h. mit 2.600,- DM anzunehmen. In dieser Höhe sei daher der Antragsgegner zur Zahlung zu verurteilen.

Gegen diesen dem Antragsgegner am 21. November 1967 zugestellten Beschluß hat dieser am 20. Dezember 1967 das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde eingelegt.

Der Antragsgegner rügt, das Landgericht habe die Frage, ob bei der Anmeldung der Ansprüche der Antragstellerin bei der Entschädigungsbehörde ein Irrtum im Sinne der nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 24. 7. 1968 - 1 BvR 537, 65 - geltenden Fassung<sup>des § 30 BRUG</sup> vorlag, nicht geprüft. Dazu hätte Veranlassung bestanden im Hinblick auf den Inhalt, insbesondere der Anmeldung vom 20. 5. 1957. Spätestens mit der am 17. 1. 1959 erfolgten Zustellung des Bescheids des Landesamts für Wiedergutmachung Tübingen vom 20. 12. 1958 sei der Antragstellerin bekannt gewesen, daß es sich bei dem Verlust des Umzugsguts nicht um einen Anspruch nach dem BEG handeln könne, sondern daß dieser Anspruch viel-



mehr im Rückerstattungsverfahren geltend zu machen sei. Die Antragstellerin hätte bis zum Ablauf der Anmeldefrist, also fast 3 Monate Zeit gehabt, ihren Irrtum zu berichtigen.

Der Antragsgegner rügt weiter, das Landgericht habe gegen Denk- und Erfahrungssätze verstoßen. Er rügt ferner die Verletzung der Aufklärungspflicht.

Die Entscheidung des Landgerichts stehe im Widerspruch zu dem Beweisergebnis. Im wesentlichen stütze das Landgericht seine Entscheidung auf die Aussagen der Zeugen Hölzer und Müller. Gerade diese beiden Zeugen seien in ihren Aussagen unsicher und hätten Vorbehalte, insbesondere hinsichtlich des Zeitpunkts einer evtl. allgemeinen Beschlagnahmeanordnung gemacht. Hinzu komme, daß gerade diese Zeugen ihre Aussagen ausschließlich nur aus der Erinnerung heraus hätten machen können. Diesen Aussagen ständen die Aussagen der Zeugen Voertmann, Hübner, Meyer und Falk gegenüber, die eindeutig und sicher bekundet hätten, daß es eine allgemeine Anordnung hinsichtlich der Sicherstellung von Umzugsgütern in Bremen vor Erlaß der 11. VO zum Reichsbürgergesetz nicht gegeben habe, daß vielmehr jedes einzelne Umzugsgut durch eine Einzelverfügung sichergestellt, dann beschlagnahmt und später zur Versteigerung abberufen worden sei. Bemerkenswert sei, daß diese Zeugen ihre Aussagen durch Unterlagen hätten erhärten können. Trotz dieser eindeutigen Unterlagen, die, wie auch dem Landgericht bekannt sei, im Einzelfall noch in den, in den meisten Fällen vorhandenen Speditionsakten hätten nachgeprüft werden können und falls tatsächlich Zweifel bestanden hätten, hätten nachgeprüft werden müssen, sei das Landgericht aufgrund unsicherer Zeugenaussagen und Vermutungen zu dem Ergebnis gekommen, daß die maßgebenden Willensträger des Deutschen Reichs sowohl den Willen als auch die tatsächliche Möglichkeit hatten, sich die Verfügungsgewalt über die in dem Freihafen lagernden Umzugsgüter anzumaßen und zu verschaffen und damit die Voraussetzungen des § 2 a BRüG als erfüllt anzusehen seien. Es könne nicht ausgeschlossen werden, daß die damaligen



Willensträger des Deutschen Reichs bereits vor 1941 die tatsächliche und rechtliche Möglichkeit hatten, sich die Verfügungsmacht über ein Umzugsgut zu verschaffen. Diese sei aber in jedem Fall durch Einzelanordnung erfolgt. Dafür, daß im vorliegenden Fall eine Verfügung des Deutschen Reichs hinsichtlich des streitigen Umzugsguts getroffen worden sei, lägen nicht die geringsten Anhaltspunkte vor. Die angefochtene Entscheidung beruhe nicht auf Feststellungen tatsächlicher Art sondern auf Annahmen und Unterstellungen. Im übrigen sei entscheidend nicht die Frage, ob das Deutsche Reich den Willen und die Möglichkeit hatte, einem Verfolgten einen Vermögensgegenstand zu entziehen, maßgebend sei allein die Frage, ob das Deutsche Reich den Vermögensgegenstand vor der Vernichtung im Sinne des Art. 30 US-MRG Nr. 59 erlangt, also die Verfügungsmacht anstelle des Verfolgten ausgeübt habe. Die Wiedergutmachungskammer verkenne, daß § 2 a BRüG selbst Schadensersatzansprüche nicht begründe sondern lediglich den Begriff der Eigentümerstellung (Artikel 14 MRG 59 Am.Z) ergänze. Für die Schadenshaftung selbst blieben die alliierten Vorschriften - Artikel 30 MRG 59 Am.) - maßgebend.

Der Antragsgegner beantragt,

unter Aufhebung des angefochtenen Beschlusses den rückerstattungsrechtlichen Anspruch der Antragstellerin abzuweisen.

Die Antragstellerin beantragt,

die sofortige Beschwerde zurückzuweisen.

Sie bezieht sich im wesentlichen auf die Gründe des angefochtenen Beschlusses. Den Ausführungen der Wiedergutmachungskammer, daß eine generelle Maßnahme des Deutschen Reichs auch in Bremen bereits vor Zerstörung der Kisten der Antragstellerin im Sinne des § 2 a BRüG bestanden habe, durch die es sich die Verfügungsmacht angemaßt habe, sei zu folgen. Der Wiedergutmachungskammer könne auch eine Verletzung der Aufklärungspflicht nicht vorgehalten werden. Sie habe in weitgehendem Maße Ermittlungen angestellt und sei aufgrund dieser zu einer zutreffenden Rechtsfindung gekommen.



II.

Die sofortige Beschwerde des Antragsgegners ist zulässig, sie ist jedoch unbegründet.

1. Die Rüge des Antragsgegners, das Landgericht habe die Frage, ob bei der Anmeldung der Ansprüche der Antragstellerin bei der Entschädigungsbehörde <sup>ein Irrtum</sup> im Sinne des § 30 BRüG vorgelegen habe, nicht geprüft, hat keinen Erfolg.

§ 30 BRüG in der Fassung des 3. ÄndG-BRüG vom 2. Oktober 1964 (BGBl I S. 809) setzt nach seinem eindeutigen Wortlaut voraus, daß der Berechtigte "ein seiner Rechtsnatur nach rückerstattungsrechtlichen Anspruch (§§ 1, 3) irrtümlich" im Entschädigungsverfahren angemeldet hat. Diese Fassung ist, wie das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 24. Juli 1968 (BVerfGE Bd. 24 S. 75 ff) entschieden hat, nicht verfassungswidrig. Denn insoweit ist die Neufassung der Vorschrift keine Rechtsänderung, sondern nur eine Klarstellung der bisherigen Rechtslage, zu der der deutsche Gesetzgeber im Interesse der Wahrheit der Rechtseinheit berechtigt war (vgl. BVerfG aaO).

In seinem Beschluß vom 25. März 1964 in vorliegender Sache hat das Landgericht die Frage, ob die Antragstellerin den geltend gemachten Rückerstattungsanspruch irrtümlich bei der Entschädigungsbehörde angemeldet hat, nicht ausführlich behandelt, sie im Ergebnis aber bejaht, denn es hätte sonst den rückerstattungsrechtlichen Anspruch nicht mit der Begründung ablehnen können, eine Entziehung der Kisten sei nicht festzustellen. Durch Beschluß des Senats für Rückerstattungssachen des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Bremen vom 22. April 1965 ist auf die sofortige Beschwerde der Antragstellerin der angefochtene Beschluß wegen Verletzung der Aufklärungspflicht hinsichtlich des Tatbestandsmerkmals der Entziehung aufgehoben und die Sache zur neuen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht Bremen zurückverwiesen worden.



Der Senat hat gleichfalls die Frage des Irrtums der Antragstellerin bei der Anmeldung des rückerstattungsrechtlichen Anspruchs nicht ausdrücklich behandelt, jedoch stillschweigend ausgesprochen, das Landgericht habe ohne Rechtsirrtum festgestellt, die Anmeldung sei irrtümlich erfolgt. Andernfalls hätte der Senat die Sache seinerseits nicht wegen Verletzung der Aufklärungspflicht hinsichtlich des Tatbestandsmerkmals der Entziehung an das Landgericht zurückverweisen können. An diese erkennbare Auffassung des Senats über die Ordnungsmäßigkeit der Anmeldung war das Landgericht gebunden. Die Bindungswirkung zurückweisender Entscheidung wird auch für das Rückerstattungsverfahren trotz der Nichterwähnung des § 565 Abs. 2 ZPO in Art. 68 Abs. 2 USMRG anerkannt, da ein Instanzenzug ohne Bindungswirkung unter Umständen zu einem zwecklosen Hin- und Herschicken der Akten führen kann (KG RzW 1969 S. 14 ff, sowie die dort zitierten Entscheidungen). Infolgedessen war das Landgericht an die Auffassung des Senats gebunden und konnte nicht erneut prüfen und hat es auch nicht getan, ob die Antragstellerin den rückerstattungsrechtlichen Anspruch irrtümlich bei der Entschädigungsbehörde angemeldet hat. An diese rechtliche Beurteilung des Senats ist aber nicht nur das Landgericht gebunden sondern der Senat selbst (Keidel FGG 9. Aufl. § 25 Randnr. 9, BGH MDR 59 S. 575). Selbst wenn der Senat im jetzigen Beschwerdeverfahren zu der Auffassung kommen würde, er habe die Frage, ob die Antragstellerin den Anspruch irrtümlich bei der Entschädigungsbehörde angemeldet hat, unrichtig entschieden, wäre er an seine frühere Auffassung gebunden. Da der Beschluß des Senats vom 22. April 1965 nach Inkrafttreten des 3. ÄndG-BRüG ergangen ist, brauchte nicht auf die Frage eingegangen zu werden, ob die Bindungswirkung bei nachträglicher Gesetzesänderung entfällt (vgl. KG RzW 69 S. 14 ff).

2. Ohne Rechtsirrtum hat das Landgericht auch festgestellt, der Antragsgegner habe 2 Kisten Umzugsgut entzogen.



Das Landgericht kommt zu dem Schluß, es sei nicht davon überzeugt, daß keine allgemeine Beschlagnahme der in Streit stehenden 2 Kisten bis zum 2. Januar 1941 erfolgt sei, es sei vielmehr davon überzeugt, daß es sehr viel wahrscheinlicher<sup>sei</sup>, daß die Kisten im Augenblick der Vernichtung durch Kriegseinwirkung bereits in der Verfügungsmacht des Deutschen Reichs gestanden hätten, das sich diese durch eine generelle Anordnung der Gestapo angemaßt habe.

Das Landgericht

- a) / würdigt dabei umfassend zunächst die sachlichen Beweismittel und Zeugenaussagen, die dafür sprechen, daß im entscheidenden Zeitpunkt noch keine allgemeine Beschlagnahme vorgelegen habe. Insbesondere setzt das Landgericht sich mit der Aussage des Zeugen Voestmann auseinander, der bekundet hat, es seien nur Einzelverfügungen der Gestapo hinsichtlich der Umzugsgüter emigrierter Juden ergangen. Das Landgericht weist dabei darauf hin, daß dieser Zeuge in der von ihm zusammengestellten Akte auf S. 26 bei dem Umzugsgut Salomon festgehalten habe, daß dieses aufgrund eines allgemeinen Verfügungsverbots - schon 1940 - nicht mehr versandt werden konnte und auf S. 34 der Akte bei dem Umzugsgut Friedmann schriftlich niedergelegt habe, daß dem Versand dieses Gutes - bereits 1940 - ein mündliches Generalverbot entgegengestanden habe. Ohne gegen Denk- und Erfahrungssätze zu verstoßen, würdigt es die Erklärung des Zeugen, wie es zu diesem Vermerk gekommen sei - nach Meinung des Zeugen habe es sich teils um einen Versand ins feindliche Ausland gehandelt, teils sei ein Versehen unterlaufen - dahin, daß dadurch nicht alle zugunsten der Antragstellerin - also für das Vorliegen eines Generalverbots - sprechenden Zweifel ausgeräumt seien. In Verbindung mit einer eingehenden Würdigung der Aussagen der Zeugen Hölzer und Müller, die bestimmt bekundet haben, ein generelles Verfügungsverbot der Gestapo habe schon 1940 bzw. 1941 bestanden, kommt das Landgericht zu dem eingangs erwähnten Schluß, es sei nicht davon überzeugt, daß kein generelles Verfügungsverbot vor dem



2. Januar 1941 vorgelegen habe, es sei vielmehr der Überzeugung, daß es sehr viel wahrscheinlicher sei, daß ein solches Generalverbot vorgelegen habe. Diese umfassende und kritische Würdigung der Beweisaufnahme durch das Landgericht verstößt entgegen der Auffassung des Antragsgegners nicht gegen Denk- und Erfahrungssätze schlechthin. Die im einzelnen gegen die Bewertung der Beweismittel durch das Landgericht gerichteten Angriffe sind Angriffe gegen die Beweiswürdigung und die Tatsachenfeststellungen der Vorderrichter, die in der Rechtsbeschwerdeinstanz unbeachtlich sind. Es ist auch nicht ersichtlich, welche weiteren Beweismittel das Landgericht, das umfassende Nachforschungen angestellt hat, zur weiteren Aufklärung des Sachverhalts hätte noch herbeiziehen können.

- b) Die Überzeugung des Landgerichts, es sei sehr viel wahrscheinlicher, daß die Gestapo durch ein Generalverfügungsverbot vor dem 2. Januar 1941 sich die Verfügungsmacht über die 2 streitigen Kisten angemaßt habe, verstößt nicht gegen die im Rückerstattungsverfahren an die richterliche Überzeugung zu stellenden Anforderungen.

Gemäß § 286 ZPO ist zwar für die richterliche Überzeugung von dem Vorliegen einer Tatsache ein so hoher Grad der Wahrscheinlichkeit zu verlangen, daß er nach der Lebenserfahrung praktisch der Gewißheit gleichkommt (RG 102 S. 321, BGH 7 S. 119, Baumbach-Lauterbach ZPO 2 C zu § 286). Ein derartiger Grad der Wahrscheinlichkeit liegt, wie den Ausführungen des angefochtenen Beschlusses zu entnehmen ist, der Überzeugung des Landgerichts nicht zugrunde. Im Rückerstattungsverfahren sind aber aufgrund des Art. 49 Abs. 2 US-REG mildere Anforderungen an die richterliche Überzeugung von dem Vorliegen einer beweiserheblichen Tatsache zu stellen. Art. 49 Abs. 2 US-REG bestimmt, daß die Wiedergutmachungsorgane die Lage, in der der Berechtigte durch die Verfolgungsmaßnahmen aus den Gründen des Art. 1 geraten ist,



bei der Ermittlung des Sachverhalts weitgehend zu berücksichtigen haben. Das gilt insbesondere, soweit die Beibringung von Beweismitteln durch Verlust von Urkunden, Tod oder Unauffindbarkeit von Zeugen, Auslandsaufenthalt des Berechtigten und ähnliche Umstände erschwert oder unmöglich geworden ist. Eidesstattliche Versicherungen des Berechtigten und von ihm benannter Zeugen sind zuzulassen.

Es wird die Auffassung vertreten, diese Vorschrift erleichtere nur die Beweisführung, indem sie weitere Beweismittel zulasse, ändere aber weder die Beweislast noch schränke sie die freie Beweiswürdigung der Wiedergutmachungsgerichte ein, insbesondere bedeute sie nicht, daß die Rückerstattungsgerichte ohne volle Überzeugung dem Anspruch stattgeben dürften (OLG München RzW 50 S. 244, 56 S. 322, 61 S. 14/15, 64 S. 117, 66 S. 106). Die Auffassung, daß der Richter unter den Voraussetzungen des Art. 49 Abs. 2 US-REG die volle Überzeugung, d.h. die an Gewißheit grenzende Wahrscheinlichkeit von dem Vorliegen einer beweiserheblichen Tatsache haben müsse, kann der Senat nicht teilen. Das folgt nicht notwendigerweise aus der Wendung "bei der Ermittlung des Sachverhalts" in Art. 49 Abs. 2 US-REG. Die Vorschrift hat es den Wiedergutmachungsorganen aufgegeben, unter besonderer Berücksichtigung der Lage eines Verfolgten diesem zu seinem Recht zu verhelfen. Damit ist es nicht zu vereinbaren, dieses Recht durch übertriebene Beweisanforderungen zu schmälern, die der Verfolgte infolge der Lage, in die er durch die Verfolgung gekommen ist, oft gar nicht erbringen kann. Im Entschädigungsrecht ist daher in § 176 Abs. 2 BEG ausdrücklich vorgesehen, daß die Entschädigungsorgane, wenn der Beweis für eine Tatsache infolge der Lage, in die der Antragsteller durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen gekommen ist, diese Tatsache unter Würdigung aller Umstände zugunsten des Antragstellers für festgestellt erachten können. Es genügt also eine überwiegende Wahrscheinlichkeit für das Vorlie-



gen der zu beweisenden Tatsachen (BGH RzW 58 S. 182, 58 S. 408, 61 S. 410). Wenn die Vorschrift des § 176 Abs. 2 BEG durch den deutschen Gesetzgeber auch nach den alliierten Rückerstattungsgesetzen in Kraft getreten ist, ist anzunehmen, daß der Grundgedanke dieser Vorschrift auch dem amerikanischen Gesetzgeber, der sich nach Beendigung des Krieges gerade für die Belange der Rückerstattungsberechtigten besonders eingesetzt hat, bei Schaffung des Art. 49 Abs. 2 US-REG vorgeschwebt hat. Zumindest ist der Art. 176 Abs. 2 BEG zugunsten des Berechtigten entsprechend anzuwenden, u.a. auch weil unterschiedliche Ergebnisse auf diesem wichtigen Bereich der Wiedergutmachungsgebiete schwer zu rechtfertigen wären, jedenfalls soweit die öffentliche Hand Prozeßgegner des Verfolgten ist. Demnach ist der Senat der Auffassung, daß Art. 49 Abs. 2 US-REG es dem Richter erlaubt, eine Tatsache als wahr festzustellen, wenn im Hinblick auf die durch die Verfolgung veranlaßte Beweisnot des Berechtigten ein voller Beweis für das Vorliegen einer beweiserheblichen Tatsache nicht geführt werden kann, das Vorliegen der Tatsache aber nach den sonstigen beigebrachten Beweisen überwiegend oder sehr wahrscheinlich ist (OLG Köln RzW 64 S.304). Daß aber eine durch die Verfolgung veranlaßte Beweisnot der Antragstellerin vorliegt, ergibt der angefochtene Beschluß einwandfrei.

3. Hinsichtlich der Schadenshöhe lassen die Ausführungen des angefochtenen Beschlusses, insbesondere hinsichtlich des Wiederbeschaffungswerts, keinen Rechtsirrtum erkennen.

Es war daher wie geschehen zu beschließen.

Die Kostenentscheidung beruht auf Art. 72 US-REG in Verbindung mit § 97 ZPO.

Dr. Arndt

Drodten

Kohlmann

Für die Ausfertigung:

*Chunke*

Justizhauptsekretär



Stellvertretender Geschäftsbeamter der Geschäftsstelle

des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Bremen